
Öffentliche Sitzung Nr. 6 des Umweltausschusses und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach

- **Termin:** 08.10.2025
- **Ort:** Landratsamt Lörrach
- **Uhrzeit:** 15:00 Uhr - 18:25 Uhr

b) Umweltausschuss

■ TOP 2: Sachstandsbericht "Klimaschutz im Landkreis Lörrach"

Der Umweltausschuss nimmt Kenntnis.

■ TOP 3: Klima-Jahresprogramm 2026/2027

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Der Kreistag beschließt das Klima-Jahresprogramm für die Jahre 2026 und 2027. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung im Rahmen des Vollzugs des Haushalt 2026/2027 beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

■ TOP 4: Klimaschutz-Managementsystem

Der Umweltausschuss nimmt Kenntnis.

■ TOP 5: Klimaschutz-Netzwerk im Landkreis Lörrach

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Landkreis eine koordinierende Funktion im Klimaschutz-Netzwerk mit dem Ziel der Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts zu übernehmen.
2. Dies gilt vorbehaltlich der erforderlichen Kooperationsvereinbarung mit den Städten und Gemeinden Bad Bellingen, Binzen, Efringen-Kirchen, Grenzach-Wyhlen, Hausen im Wiesental, Inzlingen, Maulburg, Rheinfeldern (Baden), Rümmlingen, Schallbach, Schwörstadt, Steinen, Schliengen Todtnau und Zell im Wiesental. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, eine solche Kooperationsvereinbarung über die koordinierende und fachliche Begleitung des Netzwerks abzuschließen. Über den Projektfortgang ist den Gremien zu berichten.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

■ TOP 6: Landkreisweite Energiekarawane für die Städte und Gemeinden

Der von der Verwaltung eingebrachte Beschlussvorschlag wurde nach einer Diskussion im Gremium um den Zusatz

„Die Kostenbeteiligung der teilnehmenden Gemeinden beträgt 20 %, d.h. 2.500 € je Quartier.“

ergänzt und zur Abstimmung gestellt.

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Der Landkreis setzt das Projekt „Energiekarawane“ im Zeitraum 2026 – 2028 kreisweit in insgesamt bis zu zwölf Quartieren um. Die Auswahl der teilnehmenden Quartiere erfolgt nach einem Priorisierungsschema in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Projektsteuerung zu übernehmen und die Kooperation mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg zu organisieren.

Die Kostenbeteiligung der teilnehmenden Gemeinden beträgt 20 %, d.h. 2.500 € je Quartier.

Dieser Beschluss ergeht vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Gesamthaushalt 2026/2027 des Landkreises.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

■ TOP 7: Verkehrsprojekte; Reaktivierung der Kandertal-S-Bahn - Grundlagenermittlung und Vorplanung

Nach eingehender Diskussion wird der von der Verwaltung eingebrachte Beschlussvorschlag auf Anregung der Fraktionen der Freien Wähler und der CDU dahingehend geändert:

Der letzte Halbsatz der Ziffer 1, Satz 2, lautet nunmehr, dass „sich diese mit mindestens 50 % an dem kommunalen Aufwand beteiligen.“

In Ziffer 4 werden anstelle der 1,17 Mio. EUR vom Landkreis 700.000 EUR bereitgestellt.

Eine dazugefügte Ziffer 5 legt fest, dass die vorliegende Kostenaufteilung des kommunalen Aufwands sich nur auf die Leistungsphasen 1 und 2 bezieht und keinerlei Präjudizwirkung auf Entscheidungen in folgenden Leistungsphasen hat.

Der geänderte Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht.

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Der Beteiligung des Landkreises an den Leistungsphasen 1 und 2 HOAI (Grundlagenermittlung und Vorplanung) zur Reaktivierung der Kandertalbahn als S-Bahn wird zugestimmt. Der Landkreis übernimmt den kommunalen Aufwand nach Abzug des Beitrags der Städte und Gemeinden unter der Bedingung, dass sich diese mit mindestens 50 % an dem kommunalen Aufwand beteiligen.
2. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass sich das Land Baden-Württemberg mit 50 % der Gesamtkosten an dem in Ziffer 1 beschriebenen Planungsprojekt beteiligt.
3. Die Landrätin wird beauftragt und ermächtigt, entsprechende Kooperationsvereinbarungen, ggf. auch mit dem Zweckverband Regio-S-Bahn 2030, abzuschließen.
4. Für das Projekt werden im Ergebnishaushalt des Landkreises Gesamtmittel in Höhe von 700.000 EUR (Jahre 2026 bis 2028) bereitgestellt.
5. Die vorliegende Kostenaufteilung des kommunalen Aufwands bezieht sich nur auf die Leistungsphasen 1 und 2 und hat keinerlei Präjudizwirkung auf Entscheidungen in folgenden Leistungsphasen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

■ TOP 8: Fortführung Regiobuslinie Schopfheim – Rheinfelden, Linie 7309

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Die Regiobuslinie 7309 Schopfheim – Rheinfelden wird für den Folgezeitraum von Dezember 2026 bis Dezember 2031 fortgeführt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Angebot für die Direktvergabe einzuholen und einen Antrag auf Förderung nach dem Landesförderprogramm Regiobuslinien zu stellen.
3. Vorbehaltlich der entsprechenden Förderzusage des Landes Baden-Württemberg wird die Landrätin ermächtigt, den Verkehrsvertrag abzuschließen. Sollte der Aufwand für die Beauftragung den in dieser Vorlage dargestellten Umfang wesentlich übersteigen, ist die Gelegenheit erneut den Gremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, einstimmig

■ **TOP 9: Marktplatzierung Linienbündel Hochrhein zum Fahrplanwechsel 2027**

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Neuvergabe des Linienbündels Hochrhein mit Betriebsstart im Dezember 2027 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, einstimmig

■ **TOP 10: Schülerbeförderungskosten 2023/2024; Antrag der Gemeinde Hög-Ehrsberg und der Stadt Zell im Wiesental**

Es ergeht nachstehender

Beschluss:

Auf die Rückerstattung von der Stadt Zell erhaltener Zuschüsse nach der Satzung über die Schülerbeförderung für das Schuljahr 2023/2024 wird in Höhe eines Anteils von 46.400 € (von insg. 96.664,18 €) verzichtet.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen, einstimmig

■ **TOP 11: Radschnellverbindung Wiesental RS7(K), Entwurfs- und Genehmigungsplanung in verkehrswirksamen Abschnitten**

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die Radschnellverbindung Wiesental RS7(K) zwischen Schopfheim und Basel in den Leistungsphasen 3 bis 5 gemäß HOAI innerhalb des ursprünglichen Kostenrahmens für die Planungsmittel fortzuführen. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, die Vergabe der Planungsleistungen an ein geeignetes Ingenieurbüro vorzubereiten, mit der Option, weitere Büros für spezifische Planungsleistungen wie Tragwerksplanung und Grünplanung, hinzuzuziehen.
2. Die Planung der Radschnellverbindung ist abschnittsweise durchzuführen, mit besonderem Augenmerk auf die verkehrswirksamen Abschnitte, die eine schnelle und effiziente Umsetzung ermöglichen; die Erschließung des Dreiland-Klinikums wird hierbei priorisiert.
3. Entsprechend der bestehenden Planungs- und Finanzierungsvereinbarung wird die Verwaltung beauftragt, die enge Zusammenarbeit mit den Städten Lörrach und Schopfheim und dem Gemeinden Steinen und Maulburg fortzusetzen; zur Sicherung der Finanzierung und der rechtzeitigen Mittelbereitstellung ist sich weiterhin eng mit dem Fördergeber abzustimmen.
4. Über den Fortschritt des Projekts ist regelmäßig zu berichten.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

■ **TOP 12: Bahnübergangserneuerung Hausen-Raitbach/K6339 für Fuß- und Radverkehr**

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Der Planung zum Bau eines straßenbegleitenden Geh- und Radwegs im Zuge der K6339 am Bahnübergang Hausen-Raitbach durch die DB InfraGO AG wird zugestimmt.
2. Sobald künftig das Anschlussstück bis zum Wirtschaftsweg Richtung Schopfheim fertig gestellt ist, übernimmt der Landkreis die vollständige Baulast für den kreisstraßenbegleitenden Geh- und Radweg zwischen Bahnhofsparkplatz und Wirtschaftsweg. Bis dahin verbleibt die Baulast bei der Stadt Schopfheim.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, einstimmig

■ **TOP 13: Fuhrparkkonzept der Straßenmeistereien - Kostenaktualisierung für die Laufzeit der Jahre 2026-2032**

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Der Aktualisierung des Fuhrparkkonzeptes der Straßenmeistereien für Investitionen in den Fuhr- und Maschinenpark mit Wirkung für die Jahre 2026 – 2032 wird grundsätzlich zugestimmt.

2. Im Rahmen des jeweils vom Kreistag beschlossenen Haushalts wird die Landrätin zur Vergabe der Beschaffungen gemäß dem Konzept ermächtigt.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, einstimmig

■ **TOP 14: Trinationaler Atomschutzverband (TRAS) - Austritt**

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Der Landkreis tritt aus dem Trinationalen Atomschutzverband (TRAS) aus. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft des Landkreises zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

■ **TOP 15: Unesco Biosphärengebiet Schwarzwald, Verlängerung der Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Landkreis Lörrach**

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderungsvereinbarung zur weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Landkreis Lörrach zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, einstimmig

c) Betriebsausschuss

■ **TOP 16: 2. Zwischenbericht zum Erfolgsplan 2025 Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach**

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach nimmt Kenntnis.

■ TOP 17: Gebührenkalkulation Abfallwirtschaft 2026

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Der Kreistag stimmt den Zinssätzen für die kalkulatorische Verzinsung des Anlagevermögens im Jahr 2026 in Höhe von 1,71 % (Restwertmethode) bzw. 1,90 % (Durchschnittswertmethode) zu.
2. Der Kreistag stimmt der vorliegenden Gebührenkalkulation und den sich daraus ergebenden Gebührensätzen zu. Die Gebühren werden wie vorgeschlagen gerundet. Der Festsetzung der Jahresgebühr als monatlicher Betrag wird zugestimmt.
3. Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass, sofern die durch die Abrundung der Selbstanlieferungsgebühren auf volle 10 Cent entstandenen Kostenunterdeckungen tatsächlich eintreffen, diese nicht ausgleichsfähig sind. Sie werden gegebenenfalls durch Überschüsse aus den gebührenrechtlich nicht relevanten Gewinnen ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, einstimmig

■ TOP 18: Deponie Scheinberg – Betriebsgebäude und Waagehaus: Vergleich der Entwurfsplanungsvarianten

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Das Betriebsgebäude und das Waagehaus der Deponie Scheinberg sollen entsprechend der empfohlenen Variante (Abbruch und zweigeschossiger Neubau in Holzelementbauweise) ersetzt werden.

Die Verwaltung wird befugt, die weiteren Planungsphasen (LP 4-9) zu beauftragen. Die Vergabe der Bauleistungen soll dem Gremium zum Beschluss vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, einstimmig

■ TOP 19: Deponie Scheinberg: Schlussrechnungen zu dem Projekt „Kanalsanierung Teil 3 auf der Deponie Scheinberg“

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Der Kreistag erkennt die Schlussrechnungen der Firma BHG über 3.473.039,33 € netto und der Firma KTF über 1.266.851,30 € netto, insgesamt 4.739.890,63 € netto an.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, einstimmig

■ TOP 20: Neubau Recyclingzentrum Weil am Rhein - Alternativenprüfung des Aufenthaltsbereichs

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Die Erstellung des Aufenthaltsbereichs inklusive Abstellraum für Geräte soll nach dem optimierten Raumprogramm in vorgefertigter Holzbauweise und schlüsselfertig erfolgen. Die Vergabe erfolgt aufgrund der geringen Gebäudekubatur, der Baustellenlogistik und der Wirtschaftlichkeit im Rahmen einer Generalunternehmer-Ausschreibung.

Es sollen Nebenangebote in Stahlcontainerbauweise zulässig sein, unter der Voraussetzung, dass die Mindestanforderungen der Leitlinien für energieeffizientes Bauen des Landkreises Lörrach eingehalten werden.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, einstimmig

d) Allgemein

■ TOP 21: Bekanntgabe der am 09.07.2025 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende gibt den nachstehenden in nichtöffentlicher Sitzung vom 09.07.2025 gefassten Beschluss bekannt:

Zu TOP 1: Straßenbetriebliches Schutzplankenkonzept – Gefährdungslage und Investitionsbedarf

Es ergeht nachstehender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Schutzplankenkonzept für die Kreisstraßen im Landkreis auszuarbeiten.